

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

12.09.2013 / Literatur/Politisches Buch / Seite 17

Unglaublich ungeniert

Hans Herbert von Arnim über die Selbstbediener in der Politikerkaste von Bayern

Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim (Jg. 1939) hat in Bayern extreme Verschwendung und Missbrauch öffentlicher Gelder entdeckt. In seinem jüngsten Buch enthüllt er zudem, wie etablierte Parteien ihre Herrschaft gegen außerparlamentarische Konkurrenz abschotten: »Die Selbstbediener. Wie Bayerische Politiker sich den Staat zur Beute machen« (Heyne, 254 S., br., 12,90 €). Mit dem Autor sprach Karlen Vesper.



Ein Ständchen für die bayerischen Amigos

Foto: dpa/Andreas Gebert

nd: Herr Professor, Ihr Buch »Die Selbstbediener. Wie bayerische Politiker sich den Staat zur Beute machen« hat im Frühjahr des Jahres für Unruhe im Freistaat gesorgt, den Bayerischen Obersten Rechnungshof in Aktion treten und einige bayerische Politiker abtreten lassen. Sind Sie zufrieden mit dem, was sich inzwischen getan hat aufgrund Ihrer Kritik?

von Arnim: Die Beschäftigung von Ehegatten, Kindern und anderen Verwandten der Parlamentarier und Regierungsmitglieder auf Staatskosten ist immerhin zum 1. Juni

unterbunden worden. Man hat in Bayern ein Gesetz beschlossen, nach dem die Höhe der Nebeneinkünfte der Landtagsabgeordneten publiziert werden muss, wenn auch nur in zehn Stufen – wie im Bundestag. Damit ist der Bayerische Landtag das erste Länderparlament, das diese Publizität einführt.

Der Rechnungshof hat geprüft und in seinem Bericht vom 12. August eine Reihe von missbräuchlichen Verwendungen der Mittel, die Abgeordnete vom Freistaat erhalten, aufgedeckt. Zum Beispiel wurden die Mittel für Abgeordneten-Mitarbeiter teils zweckentfremdet. Der Rechnungshof kritisierte auch die Kostenpauschale, die in Bayern 3200 Euro im Monat beträgt und die ebenso jene Landtagsabgeordneten erhalten, die sie gar nicht benötigen – weil sie über kein Wahlkreisbüro verfügen, keine Zweitwohnung in München brauchen und wenig Fahrtkosten haben, da sie in der Landeshauptstadt leben. Die vom Rechnungshof beanstandete Kostenpauschale gibt es jedoch weiterhin.

Zudem hat der Rechnungshof nur das Landtagsamt überprüft. In Bayern müssen jedoch Verträge, die die Abgeordneten mit ihren Mitarbeitern schließen, diesem nicht vorgelegt werden. So sind nur zwei Prozent vom Rechnungshof erfasst worden. Da schon diese Prüfung etliche Missbräuche enthüllte, ist zu vermuten, dass bei einer Untersuchung der »restlichen« 98 Prozent – wie ich sie anrege – noch sehr viel mehr maßlose Selbstbedienung aufgedeckt würde.

Ein Abschnitt in Ihrem Buch ist überschrieben: »Rechnungshof in Fesseln«. Ist die oberste Finanzbehörde in Bayern nicht so unabhängig, wie sie sein sollte?

Der Rechnungshof ist mit richterlicher Unabhängigkeit ausgestattet. Dennoch haben nicht nur der bayerische, sondern auch die Rechnungshöfe in anderen Ländern und im Bund manchmal eine gewisse Scheu, dass Arkanum, das Geheimnis des Geldes der Politik unter die Lupe zu nehmen. Immerhin hat jedoch der bayerische Rechnungshof, als die öffentliche Diskussion hoch wogte, rasch eine Untersuchung eingeleitet.

Er hätte sonst seine Existenzberechtigung riskiert.

Er ist bei seiner Ehre gepackt worden. Und er hat konsequent festgestellt, dass die Beschäftigung von Ehegatten, Kindern und anderen Verwandten durch Abgeordnete, wie sie in 17 Fällen bekannt wurde, schon ab 2004 illegal war, man sich also nicht auf eine Übergangsregelung aus dem Jahr 2000 berufen könne. Daran schließt sich nun die Frage an, ob jene Abgeordneten, die Angehörigen über neun Jahre staatliche Gelder unrechters zukommen ließen, diese jetzt zurückzahlen müssen. Da hat der Landtag aber, was er leider immer wieder macht, zu seiner Verteidigung ein Gutachten eingeholt. Ein Parteigutachten.

Von Landtagspräsidentin Barbara Stamm, CSU, in Auftrag gegeben, die ihre schwarzen Schafe lange zu schützen versuchte?

Ja, sie wollte zunächst gar keine Namen publik machen, musste es dann aber doch tun. Der von ihr mit dem Gutachten beauftragte Staatsrechtslehrer kam erwartungsgemäß zu dem Ergebnis: Die Anstellung von Ehegatten und Kindern auf Staatskosten ab 2004

wäre nicht illegal gewesen. Diese Methode hatte Frau Stamm schon vor gut zwei Jahren angewandt, als der Rechnungshof die Fraktionen des Bayerischen Landtags prüfte. Der Rechnungshof bemerkte damals: Bestimmte Funktionszulagen, also zum Beispiel für stellvertretende Fraktionsvorsitzende, seien rechtswidrig, dürfen nicht weiter gezahlt werden. Auch da hatte Barbara Stamm einen Staatsrechtslehrer aus Bayern beauftragt zu erklären, dass sich der Rechnungshof irre.

Es sind prominente Politiker Bayerns vom Skandal betroffen und mussten zurücktreten.

Richtig. Der CSU-Fraktionsvorsitzende Georg Schmid beschäftigte seine Ehefrau für bis zu 5500 Euro im Monat. Dabei bekam er selbst zusätzlich – neben seinen Diäten, der Kostenpauschale und der beitragsfreien Altersversorgung – 13 700 Euro monatlich als Fraktionsvorsitzender. Unterm Strich flossen jeden Monat fast 30 000 Euro in die Familienkasse der Schmid. Eine unglaubliche Geschichte.

Ein anderer Abgeordneter hat seine minderjährigen Kinder beschäftigt, weshalb er jetzt ein Verfahren wegen verbotener Kinderarbeit an den Hals bekam. Seine zwei Söhne waren im Jahr 2000, als er sie einstellte, 13 und 14. Er hatte sie laut Vertrag bis in das Frühjahr hinein, also 13 Jahre lang, beschäftigt. Es handelt sich hier ausgerechnet um den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, des wichtigsten Gremiums im Landtag.

Sie konstatieren in Ihrem Buch: »Bayern ist geradezu Deutscher Meister im gezielten Verstecken verbotener selbstbewilligter Zuwendungen.« Und: »Der Freistaat treibt es auf die Spitze.« Liegt dies an bayerischen Genen? Ist diese maßlose Selbstversorgung im Wesen dieses Volksstammes begründet, einer über Jahrhunderte tradierten Clan-Mentalität?

Die »Entschädigung«, wie das steuerpflichtige Gehalt von Abgeordneten genannt wird, ist in Bayern in der Tat die höchste im Vergleich zu anderen Bundesländern. Ebenso die steuerfreie Kostenpauschale. Bayerische Abgeordnete kommen in den Genuss der höchsten Altersversorgung in der Bundesrepublik. Auch die Zahlungen für Abgeordneten-Mitarbeiter sind die höchsten. Überall ist Bayern Spitze. Und alles wurde in Beschlüssen ausgekungelt, bei denen der Öffentlichkeit die »Dollpunkte« verheimlicht wurden.

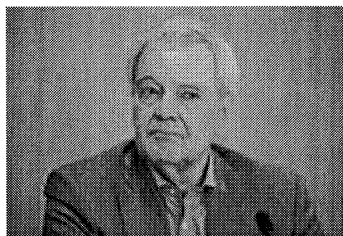
Vielleicht, weil hier über Jahrzehnte die CSU an der Regierung war ...

Eine raffgierige Partei?

Die Gesetze, die versteckte Parteienfinanzierung und verfassungswidrige Manipulationen de facto legalisieren, sind mit den Oppositionsfraktionen verabschiedet worden, also auch mit der SPD und den Grünen. Da fragt man sich: Warum haben denn auch die anderen mitgespielt?

Weil Geld glücklich macht?

Jedenfalls als eine Art Trostpflaster. Die Opposition hatte in Bayern bis dato nie eine realistische Chance, an die Regierung zu kommen. Daraufhin hat sie sich wohl gesagt: Dann wollen wir uns wenigstens finanziell kommod betten.



Hans Herbert von
Arnim
Foto: imago/Metodi
Popow

Volksstamm? Nun, es gibt tatsächlich ein Nord-Süd-Gefälle in Europa hinsichtlich großzügiger Auslegung der Regeln. Man schaue nach Italien, Spanien, Griechenland. Innerhalb Deutschlands würde ich das aber nicht sagen. Beispiel Baden-Württemberg.

In Bayern strahlt allmächtig das Vorbild Franz Josef Strauß?

In der Tat gab es gerade in Bayern zahlreiche Amigo-Affären. Nicht nur unter Strauß, auch unter Max Streibl. Sein Nachfolger Edmund Stoiber hat sich dagegen als

Ministerpräsident damit profilieren wollen, dass er mit Vetternwirtschaft und Korruption aufräume. Hat er auch teilweise. Aber die Vorfälle, die jetzt mit meinem Buch öffentlich wurden, gab es schon in seiner Regierungszeit, blieben aber im Verborgenen. Weil alle mitmachten.

Sie beklagen, dass Minister und Staatssekretäre dreifach bezahlt werden – Amtsgehalt, halbe Abgeordnetenentschädigung, dreiviertel Kostenpauschale, steuerfreie Dienstaufwandentschädigung.

Dabei geht es mit nicht nur um die fiskalische Belastung des Steuerzahlers, sondern um das Vertrauen der Menschen in Parteien und Parlamentarier und letztlich in die Legitimität der repräsentativen Demokratie. Wichtige Rechtsgüter stehen auf dem Spiel.

Seit Jahr und Tag streiten Sie wider die Personalunion von Ministern und Abgeordneten, auch auf Bundesebene. Warum bewegt sich da nichts?

Weil auch davon alle profitieren. Abgeschafft oder stark gemindert haben diese Doppelbezahlung immerhin etwa Niedersachsen, Hessen, Saarland und Schleswig-Holstein. In Bremen und Hamburg dürfen die Senatoren, also die Regierungsmitglieder, nicht zugleich dem Parlament angehören. Auf Bundesebene und in Bayern ist eine entsprechende Reform bisher nicht gelungen. Interessant ist, dass die Grünen in ihren frühen Jahren in ihrem Programm fixiert hatten, die Doppelfunktion abzuschaffen. Als Joschka Fischer und Jürgen Trittin mit der SPD eine Koalitionsregierung eingingen, haben sie diesen Vorsatz jedoch ganz schnell fallen gelassen.

Warum?

Offenbar in der Erwägung, falls die Koalition zerbricht und sie aus der Regierung »fliegen«, sie ein Auffangnetz haben und sich wenigstens des Bundestagsmandats erfreuen können. Macht und Geld sind das Hemd, das Politikern oft näher ist als der programmatische Rock ihrer Partei. Den streift man dann zum eigenen Vorteil gerne auch mal ab.

Für den »normalen« Bürger ist es unverständlich, dass ein Abgeordneter alles bezahlt bekommt: vom Kugelschreiber bis hin zur 6000 Euro teuren Digitalkamera,

ein u. a. vom Bayerische Rechnungshof moniertes Beispiel nicht akzeptablen Missbrauchs. Wird der Skandal die Landtagswahl in Bayern am Sonntag beeinflussen?

Ich bezweifle, dass er Auswirkungen zeitigt. Weil nicht nur die CSU, sondern auch die Grünen und die SPD betroffen sind. Die FDP weniger, denn sie sitzt erst seit 2008 wieder im Landtag. Es ist geradezu ein »Faszinosum«, dass trotz dieser haarsträubenden Geschichten die CSU gute Umfrageergebnisse hat.

In Ihrem Buch kritisieren Sie auch die verfassungswidrige Diskriminierung von Parteien, die bis dato nicht die Fünf-Prozent-Klausel überspringen konnten, etwa DIE LINKE, die bei der letzten Landtagswahl 4,4 Prozent erhielt.

An der staatlichen Parteienfinanzierung müssen laut Verfassung alle Parteien beteiligt werden, die in einem Land mindestens ein Prozent oder bei Bundestags- oder Europawahlen 0,5 Prozent Wählerstimmen aufweisen. Wenn die Zahlungen an Fraktionen und an Abgeordneten-Mitarbeiter seher stark wachsen – und dem ist so, gerade in Bayern – und wenn mit diesen Geldern indirekt Parteiarbeit gemacht wird, dann sind die kleinen Parteien außerhalb des Parlaments natürlich stark benachteiligt. Die in der Verfassung garantierte Chancengleichheit ist massiv verletzt.

Und damit auch die der Bürger, die für die kleineren Parteien votieren?

Selbstverständlich, auch die Wähler kleinerer Parteien werden benachteiligt. Ihre Stimme wird entwertet, ja, sie kommt indirekt auch noch Parteien zugute, die die Wähler vielleicht verabscheuen. Es stellt sich ganz dringlich die Frage der Verfassungswidrigkeit. Paradox ist im Übrigen auch, dass die selbstbewilligten Staatsgelder für Fraktionen und Abgeordnetenmitarbeiter in den letzten Jahren nahezu explodierten, obwohl eigentlich die Aufgaben der Landesparlamente seit langem abgenommen haben, sukzessive dem Bund und der EU übertragen worden sind.

Was hätte Ihre Urururgroßmutter Malwine von Bismarck, Schwester des »Eisernen Kanzlers«, zu Ihrem kritischen Engagement für Transparenz, wider Korruption und Politiker-Selbstbedienung, gesagt?

Das war eine ganz andere Zeit. Im Deutschen Reich, das Otto von Bismarck 1871 mitgegründet hat, war man sehr obrigkeitshörig. Seit der revolutionären Phase 1848/49 waren mehr als zwei Jahrzehnte vergangen. Ich weiß nicht so recht, ob Bismarck und seine Schwester, meine Arbeit goutiert hätten. Ich glaube aber, Bettina von Arnim hätte sich gefreut. Sie hat 1843 ein Buch über das Elend – heute würde man sagen: über das Prekariat – in Berlin geschrieben und es dem preußischen König gewidmet: »Dies Buch gehört dem König.« Sie berichtete über Menschen, die 16 Stunden am Tag arbeiten mussten und trotzdem kaum das Nötige hatten, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können.

Ihre Standesgenossen rümpften die Nase. Die Gebrüder Brüder Grimm, mit denen Bettina gut befreundet war, meinten: So ein Buch habe nur eine Frau schreiben können; ein Mann wäre sofort in den Kerker gewandert. Bettinas Buch stand in Bayern auf dem

Index. Es war sehr mutig von ihr, ein damals ignoriertes, sehr wichtiges soziales Thema aufzugreifen – übrigens, fünf Jahre, bevor Marx und Engels ihr »Kommunistisches Manifest« schrieben.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/832866.unglaublich-ungeniert.html>